

**BERICHTSVORLAGE DER VERWALTUNG NR.: 204/2009**

Bezeichnung des Tagesordnungspunkts		
<b>Stellenplan 2010 - personelle Veränderungen</b>		
Datum <b>26.11.09</b>	Geschäftszeichen <b>1.2 Ka</b>	Beigef. Anlagen im einzelnen (mit Seitenzahl) <b>4</b> Anlage 1: Entwurf „Veränderungsliste für das Haushaltsjahr 2010“ Anlage 2: Entwurf Stellenplan Teil A Beamte Anlage 3: Entwurf Stellenplan Teil B Tariflich Beschäftigte Anlage 4: Entwurf Stellenübersicht nach Produkten
Federführender Fachbereich: <b>Fachbereich 1.2 Personal/Ratsmanagement</b>		Beteiligte Fachbereiche:
Beratungsgremien	Beratungstermine	Zuständigkeit
Finanzausschuss	10.12.2009	zur Kenntnisnahme

**Beschlussvorschlag:**

Der Bericht der Verwaltung zu den personellen Veränderungen im Stellenplan 2010 wird zur Kenntnis genommen.

**Sachverhalt:**

Der nach den Vorschriften des Gemeindehaushaltsrechts vorgeschriebene Stellenplan und die Stellenübersichten für die Beamten und die tariflich Beschäftigten sind Anlagen des Haushaltsplanes.

Diese auch von der Form her im Wesentlichen vorgeschriebenen Anlagen werden mit dem Etatentwurf 2010/2011 öffentlich eingebracht.

Da die umfassende Darstellung im Stellenbesetzungsplan notwendigerweise mit entsprechenden personenbezogenen Daten versehen ist, erfolgt die Beratung hierüber im Hauptausschuss in nicht öffentlicher Sitzung.

Für den Finanzausschuss wurden die Veränderungen zum Vorjahr in anonymisierter Form aufbereitet.

Aus der Liste der Veränderungen zum Vorjahr lässt sich ein deutlicher Personalabbau ablesen, der zur Konsolidierung beiträgt, ohne dass hiermit Leistungseinbußen für den Bürger erwartet werden. Der überwiegende Teil der abzubauenen Stellen konnte durch Prozessoptimierung in den verschiedenen Organisationseinheiten erreicht werden. Hier sind insbesondere die Fachbereiche 5 und 6 zu nennen, wo durch die Zusammenlegung der beiden Fachbereiche und nach einer im FB 6 durchgeführten Organisationsuntersuchung insgesamt 3,91 Stellen abgebaut wurden. Der temporäre Stellenzuwachs von 0,58 Stellen ( mit kw-Vermerk) im FB 6 ist durch die Übertragung der Aufgabe „Wahlen“ zur Landtagswahl 2010 begründet. Hier wird künftig eine Flexibilisierung der Aufgabenwahrnehmung durch eine Umstrukturierung im Bereich des Standesamtes angestrebt.

Ein weiterer größerer Anteil des Stellenabbaus betrifft das Rechnungsprüfungsamt. Aufgrund der Kooperation mit der Kreisverwaltung werden hier 3,91 Stellen abgebaut, von denen lediglich 2,52 Stellen im Bereich „Beurlaubte“ weiter vorgehalten werden

müssen. Der Senkung der Personalausgaben stehen Kostenerstattungen an den Kreis für 2,72 Stellen gegenüber.

Der verbleibende Stellenabbau entfällt auf geringere Stellenbruchteile, die durch verschiedene personalwirtschaftliche und organisatorische Maßnahmen erreicht werden konnten.

Eine Stellenausweitung ist lediglich im Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes des Jugendamtes erforderlich geworden, hierüber wurde bereits im Hauptausschuss berichtet.

### **Die Gesamtstellenzahl verändert sich wie folgt:**

	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Stellenplanabschnitt A	94,41 Stellen	93,97 Stellen
Stellenplanabschnitt B	207,92 Stellen	200,99 Stellen
	<b>302,33 Stellen</b>	<b>294,96 Stellen</b>

das bedeutet einen Gesamtstellenabbau von - **7,37 Stellen**

Darin enthalten sind die Stellen für Mitarbeiter/Innen, die sich in der **Beurlaubung , in Rente auf Zeit bzw. in Abordnung** befinden.

Hier waren gemäß Stellenplan 2010 eingerichtet: 5,87 Stellen.  
Für 2010 ergibt sich hier eine Veränderung auf: 8,39 Stellen.  
Um + **2,52 Stellen**

In den Organisationseinheiten (einschließlich Einrichtungen)  
waren gemäß Stellenplan 2009 eingerichtet 296,46 Stellen.  
Stellenplantechnisch verändert sich 2010 diese Anzahl auf 286,57 Stellen.

Somit ergibt sich hier für 2010 ein **Stellenabbau um - 9,89 Stellen.**

Dieser Bericht über den Stand der Vorarbeiten ist kurzfristig für den Finanzausschuss erstellt worden. Das förmliche Verfahren zur Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten und des Personalrates nach den Vorschriften von Landesgleichstellungsgesetz bzw. Landespersonalvertretungsgesetz zu beteiligen. Über das Ergebnis wird der Hauptausschuss in seiner Sitzung im Januar 2010 unterrichtet. Insofern sind sämtliche Angaben dieses Berichtes unter Vorbehalt zu betrachten

Der Bürgermeister  
gez. Stobbe